

Datenschutzhinweise zu den IT-gestützten Zahlungssystemen/Zahlungs-Software zur direkten Zahlbarmachung für Einzahlungen und Auszahlungen über kundenbediente Kassenautomaten, Bezahlterminals und Barzahlungen an personenbedienten Kassen in diversen Dienststellen des Bezirksamtes Pankow von Berlin. Das Verfahren umfasst auch den Datenaustausch mit dem automatisierten Haushaltswesen und die digitale Videoüberwachung im Bereich der Kassenautomaten. Für die Verfahren setzen wir auch IT-Technik externer Dienstleister ein.

Die folgenden Datenschutzhinweise sollen Sie darüber informieren, wie wir Ihre persönlichen Daten verwenden.

Dabei halten wir uns an die Bestimmungen und Anforderungen nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Bezirksamt Pankow von Berlin
Steuerdienst, Serviceeinheit Finanzen und Personal – SE Finanzen
Breite Straße 24A-26
13187 Berlin

Postanschrift:
Postfach 730113
13062 Berlin

poststelle@ba-pankow.berlin.de

Kontaktdaten Datenschutzbeauftragter:

Breite Straße 24A-26
13187 Berlin

Tel.: (030) 90295-2707
Fax: (030) 90295-2230

datenschutz@ba-pankow.berlin.de

Zwecke der Datenverarbeitung

Für die Annahme und Ausgabe von baren und unbaren Zahlungen über o.g. automatisierte Zahlungssysteme werden zahlungsrelevante Daten verarbeitet. Die Kassierung in den Dienststellen des Bezirksamtes wird in der Regel direkt für den Bürger vorgenommen. Zur weiteren Verarbeitung mittels Datenaustausch mit dem automatisierten Haushaltswesen werden keine personenbezogenen Daten verarbeitet. Hierbei werden nur Gesamtsummen nach Haushaltsstellen übermittelt. Die Videoüberwachung im Bereich der Kassenautomaten dient der Kassensicherheit und kann in Ausnahmefällen zur Beweispflicht bzw. Nachvollziehbarkeit des Zahlungsfalles herangezogen werden.

Kategorien (Welche Daten werden gespeichert?)

Namen oder ggf. eindeutige Zuordnungsmerkmale wie Aktenzeichen o.ä. und Zahlungsgrund (Gebührensachverhalt) zum Zahlungsvorgang werden gespeichert

Speicherdauer:

Zahlungsdaten: 6 Jahre
Lt. LHO (Landeshaushaltsordnung)
Die Daten werden gespeichert, weil sie aufgrund der genannten Aufbewahrungspflicht nicht gelöscht werden dürfen (Archivdaten)

Sofern eine digitale Videoüberwachung vorhanden ist, erfolgt eine Datenspeicherung für max. 3 Monate.

Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).
Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Berlin, Friedrichstraße 219, Besuchereingang: Puttkamer Str. 16 – 18 (5. OG), 10969 Berlin, Telefon (030) 13889-0, Telefax (030) 2155050, Email: mailbox@datenschutz-berlin.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.